

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 5

Artikel: Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006038>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine

Die Ampelkoalition der regierenden Parteien SPD, Grüne und FDP im Bundestag ringt seit Beginn des Krieges in der Ukraine um Waffenlieferungen an die Ukraine und die Bundesregierung hat bisher zweimal eingelenkt. Massive Kritik – international und deutschlandweit – wurde an der Haltung der deutschen Bundesregierung, namentlich auch an Bundeskanzler Olaf Scholz, geübt. Hier werden der Ringtausch besprochen, sowie die Hintergründe für die bisherige und zukünftige Politik der deutschen Bundesregierung in Bezug auf die Waffenlieferungen an die Ukraine.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

Mitte April erreichte die Kritik an der Haltung Deutschlands, konkret an der Haltung der Bundesregierung zu Waffenlieferungen an die Ukraine, einen internationalen Höhepunkt, als der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, sich sehr kritisch äusserte: «Die Waffen, die wir brauchen, die sind nicht auf dieser Liste.»

Die Äusserungen des deutschen Bundeskanzlers Scholz seien nach Angaben von Botschafter Melnyk «in der ukrainischen Hauptstadt Kiew mit grosser Enttäuschung und Bitterkeit» zur Kenntnis genommen worden.

Bundeskanzler Scholz hatte am 19. April gesagt, dass Waffenlieferungen in die Ukraine aus Bundeswehrbeständen kaum noch möglich seien. «Hier müssen wir inzwischen erkennen, dass die Möglichkeiten, die wir haben, an ihre Grenzen stös-

sen.» Stattdessen kündigte er an, direkte Rüstungslieferungen der deutschen Industrie an die Ukraine zu finanzieren.

«Die These, dass die Bundeswehr der Ukraine nichts mehr zu liefern imstande wäre, ist nicht nachvollziehbar», so Melnyk. Die Bundeswehr habe mehr als 400 Marder-Schützenpanzer, von denen etwa 100 für Ausbildung und Training benutzt würden und daher sofort an die Ukraine übergeben werden könnten.

Ausserdem habe die Bundeswehr nach seinen Erkenntnissen rund 800 Fuchs-Transportpanzer, von denen ein Grossteil nicht im Einsatz sei und deswegen in die Ukraine geschickt werden könnte. «Ganz entscheidend wäre auch die Lieferung von Panzerhaubitzen 2000.» Von diesen Artilleriegeschützen mit grosser Reichweite gebe es im Bestand der Bundeswehr etwa 120, sagte Melnyk. Der ukrainische Botschafter in Deutschland beklagte eine mangelnde Abstimmung, was die Anschaffung von Waffen bei der deutschen Rüstungsindustrie angehe.

Die Prioritäten der Ukraine seien zu wenig berücksichtigt worden. «Wir fordern die Bundesregierung auf, in dieser entscheidenden Frage mit offenen Karten zu spielen und nicht um den heissen Brei herumzureden», sagte er, «Jede weitere unnötige Verzögerung kostet weitere Menschenleben.»

Professor Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr München erklärte dazu, dass Bundeskanzler Scholz mit seiner Haltung einerseits eine Botschaft an Russland übermittle, andererseits sei es auch ein Signal an die deutsche Bevölkerung und an die SPD, die das Thema intensiv debattiert: «Scholz braucht all die Leute, die keine schweren Waffen liefern wollen, weil sie denken, dass dies den Konflikt eskalieren und Deutschland zum Ziel russischer Aktivitäten werden wird», sagte Masala.

Nach Angaben der Deutschen Welle, für eine grosse Reichweite auf Englisch



Bild: Bundesregierung

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) steht unter Druck. Verschiedene Parteien fordern deutlichere Signale aus dem Kanzleramt.

veröffentlicht, sei dies zwar eine berechtigte Sorge, liesse sich aber nur schwer mit der Nachricht vereinbaren, dass mehrere westliche Länder, darunter die USA, Grossbritannien und die Niederlande, schwere Waffen geliefert haben, wie die ukrainische Abgeordnete Lesia Vasylenko kürzlich twitterte.

In der Bundestagsdebatte am 28. April 2022 warf der Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) «Unsicherheit und Schwäche» im Ukraine-Konflikt vor. Scholz habe über Wochen «hingehalten, offen gelassen und ausweichend geantwortet». «Das ist nicht Besonnenheit», fügte er hinzu, «das ist Zögern, das ist Zaudern und das ist Ängstlichkeit».

Die kurz vor dem internationalen Treffen der internationalen Unterstützer der Ukraine von Bundeskanzler Scholz in einem Spiegel-Interview geäußerte Befürchtung des Kanzlers, dass es zu einem Atomkrieg kommen könnte, nannte Merz «unverantwortlich».

Scholz lasse damit den Schluss zu, dass alle Länder, die mehr für die Ukraine täten als Deutschland, die Kriegsgefahr erhöhten. Dies sei eine «groteske Umkehrung von Ursache und Verantwortung für diesen Krieg».

Bisherige deutsche Lieferungen

Am 27. April 2022 verlas die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock (Grüne) im Bundestag eine Liste von Rüstungsmaterial, das Deutschland bis dahin bereits an die Ukraine geliefert habe, darunter:

- Mehrere Tausend Panzer- und Bunkerfäuste, nach Angaben der DPA rund 900 Panzerfäuste und 15 Bunkerfäuste
- Flugabwehrraketen vom Typ Stinger und Strela-Fliegerfäuste (Boden-Luft-Raketen), nach Angaben der DPA gut 2500 Flugabwehrraketen
- Panzerabwehrrichtminen und Sprengladungen
- Handgranaten in sechsstelliger Zahl
- Maschinengewehre, nach Angaben der DPA rund 100 Maschinengewehre
- Munition im zweistelligen Millionenbereich, nach Angaben der DPA ca. 16 Millionen Schuss.

Im März 2022 gab die Bundesregierung noch bekannt, welche Waffen, wie viele



Bild: US Army

Mit dem Ringtausch-System liefern Partnerländer der Ukraine Armeematerial, das die Ukraine bereits im Einsatz hat. Im Gegenzug erhalten sie einen Ersatz aus Deutschland. So liefert zum Beispiel Slowenien T-72-Panzer, was dafür von Deutschland mit Leopard-2-Panzern kompensiert wird. Im Bild: Ein T-72-Panzer der georgischen Streitkräfte.

davon und wie viel Munition sie liefert, seit längerer Zeit aber nicht mehr. Bundestagsabgeordnete können sich nur noch in der Geheimschutzstelle darüber informieren.

Darüber hinaus habe die Bundesregierung - weil die eigenen Bestände erschöpft gewesen seien - Waffenlieferungen durch die Rüstungsindustrie veranlasst. Geliefert worden seien hier Panzerminen und Artilleriemunition.

Ringtausch

Der Ringtausch funktioniert wie folgt: Andere Länder liefern Waffen sowjetischer Bauart in die Ukraine und bekommen dafür Ersatz aus Deutschland.

Die Idee dahinter: Mit den in die Jahre gekommenen Waffen können die ukrainischen Streitkräfte ohne spezielle Ausbildung umgehen. Sie können also schnell eingesetzt werden. Geplant ist nun ein erster Ringtausch.

So soll der NATO-Partner Slowenien eine grössere Stückzahl seiner alten Kampfpanzer an die Ukraine abgeben und aus Deutschland dafür modernen Ersatz erhalten. Slowenien hat unter der Bezeichnung M-84 noch eine jugoslawische Variante des auch von der Ukraine genutzten Kampfpanzers T-72 in den Beständen.

Das noch aus der Sowjetzeit stammende Waffensystem T-72 wird vom ukrainischen Heer bereits eingesetzt. Nach

Informationen der DPA aus Regierungskreisen hat Slowenien als Kompensation auch moderneres Gerät aus Deutschland angefordert, darunter den deutschen Kampfpanzer Leopard 2, den Radpanzer Boxer sowie den Schützenpanzer Puma, den die Bundeswehr als Nachfolger des seit 50 Jahren genutzten Marders einführt.

Lieferungen anderer Staaten

Am 21. April kündigten die USA ein neues Militärhilfepaket im Wert von 800 Millionen US-Dollar (740 Millionen Euro) für die Ukraine an, darunter auch für schwere Artillerie. Damit haben die USA seit dem Beginn der russischen Invasion am 24. Februar insgesamt mehr als drei Milliarden Dollar an Hilfe geleistet.

Im Gegensatz dazu beliefen sich die deutschen Ausgaben für die militärische Verteidigung der Ukraine nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums - Stand Anfang April - auf rund 186 Millionen Euro.

Damit wurden vor allem Panzerfäuste, Flugabwehrraketen, Maschinengewehre, Munition und Schutzausrüstung gekauft - aber keine schweren Waffen.

Auch Tschechien hat die Lieferung von mehreren Dutzend sowjetischen T-72-Panzern und BMP-1-Schützenpanzern zugesagt.

Die USA kündigten Mitte April an, dass sie in Kürze elf Helikopter des Typs



Soll direkt geliefert werden: Das Fliegerabwehrsystem Strela. Ein Pendant zum Stinger-System.



Bild: US Army

Hier im Bild: Eine Stinger-Rakete wird abgefeuert. Strela und Stinger sind gefährlich für Hubschrauber und tieffliegende Drohnen.

Mi-17 aus russischer Produktion, 200 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs M113 und 90 155-mm-Feldhaubitzen mit 40 000 Artilleriegranaten schicken würden, die alle als schwere Waffen gelten. Frankreich kündigte kurz darauf an, die Haubitze Caesar (Kaliber 155 mm), ein schweres Artilleriegeschütz, zur Verfügung zu stellen. Auch die Niederlande wollen Panzerhaubitzen an die Ukraine liefern.

Das teilte Verteidigungsministerin Kaja Ollongren Mitte April mit. Gemäss dem Vertrag über konventionelle Streit-

kräfte in Europa gelten alle Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie alle Artilleriegeschütze mit einer Stärke von 100 mm und mehr als schwere Waffen.

Die Bundesregierung lenkt ein

Am 26. April 2022 hatten die USA als Gastgeber mehr als 40 Staaten auf ihre Basis in Ramstein/Deutschland geladen, um weitere Waffenlieferungen an die Ukraine zu beschliessen und zu koordinieren.

Der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, ehemaliger General der US Army, erklärte dort, sie würden «Himmel und

Erde» in Bewegung setzen, um der Ukraine die Waffen zu liefern, die sie brauche. «Die Ukraine ist überzeugt, dass sie den Krieg gewinnen kann, und das tut jeder hier», führte Verteidigungsminister Austin aus. Austin konnte in Ramstein verkünden, dass bisher mehr als 30 Regierungen der Ukraine Militärhilfe im Gesamtwert von gut fünf Milliarden US-Dollar geleistet hätten.

Aber die Konferenz in Ramstein ging über reine Rüstungshilfe hinaus und der Frage nach, wie die Sicherheit der Ukraine in Zukunft gewährleistet werden kann. «Die Ukraine braucht unsere Hilfe, heute (den Krieg) zu gewinnen, und sie wird auch nach dem Ende des Krieges unsere Hilfe brauchen», sagte Austin.

Wie sehr der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine andere Staaten zusammenrücken lässt, war den Teilnehmern des Treffens in Ramstein abzulesen, das über das Verteidigungsbündnis NATO weit hinausging: Traditionell neutrale Länder wie Schweden und Finnland schickten Vertreter, beide Länder überlegen inzwischen, der NATO beizutreten.

Nach wochenlangem Zögern hatte sich die deutsche Bundesregierung am Vorabend entschieden, verantwortlich Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsministerin Lambrecht (beide SPD), dass Deutschland nun doch schwere Waffen an die Ukraine liefern wolle, namentlich Gepard-Flugabwehrpanzer.

Daneben verkündete die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, dass ukrainische Soldaten in Deutschland eine Artillerieausbildung erhalten sollen, eine ähnliche Ausbildung sei gemeinsam mit den Niederlanden bei Panzerhaubitzen geplant.

Auch könne die Ukraine bei deutschen Rüstungsherstellern direkt einkaufen: «Die Ukraine bestellt und Deutschland bezahlt», sagte die Verteidigungsministerin. Insgesamt wolle die deutsche Bundesregierung die Mittel der sogenannten «Ertüchtigungsinitiative» auf zwei Milliarden Euro aufstocken.

Die Gepard-Flugabwehrpanzer, die nun an die Ukraine geliefert werden sollen, stammen aus den Beständen des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann.

Das Unternehmen verfügt eigenen Angaben zufolge über 50 technisch aufge-

arbeitete «Geparden» aus früheren Beständen der Bundeswehr, die es liefern könne.

Der «Gepard» wurde in den 1970er-Jahren produziert, wegen seines Radarsystems mit einer Reichweite von 15 Kilometern ist der «Gepard» autonom einsetzbar.

Mit der aktuellen technischen Version könnten moderne Kampfflugzeuge, Raketen, ferngelenkte Flugkörper und Drohnen bekämpft werden, so KMW. Ursprünglich wurde der «Gepard» entwickelt, um den Bundeswehr-Panzertruppen Schutz vor tieffliegenden Flugzeugen und Kampfhelikoptern zu bieten.

Er wurde ab Anfang der 1970er-Jahre produziert und auch an die Niederlande und Belgien geliefert. Die Bundeswehr stellte den «Gepard» vor rund zehn Jahren ausser Dienst. Innerhalb der NATO wird das Flugabwehrsystem noch von Rumänien genutzt.

Oberst a.D. Wolfgang Richter, aktuell wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, gibt hierbei zu bedenken, dass zunächst abgewartet werden müsse, in welchem Zustand die Flugabwehrpanzer der Bundeswehr sind.

Denn der «Gepard» sei bereits seit Langem aus der Bundeswehr ausgemustert worden und sei nicht in einem Zustand der sofortigen Einsatzbereitschaft.

So müsse zunächst erst geprüft werden, in welchem Zustand die Flugabwehrpanzer seien, wie viele Ersatzteile habe und benötige man, könne man sie kurzfristig reparieren und stehe die Logistikkette noch, gebe es genügend Munition.

Erst danach könne die Ausbildung erfolgen und danach die Lieferung. Dies wird nicht in wenigen Tagen gehen, sondern voraussichtlich Wochen dauern.

Zur Wirkung der «Geparden» führt der ehemalige Oberst der Bundeswehr aus, dass sie helfen könnten, die Luftüberlegenheit Russlands zu bekämpfen und sicherzustellen, dass die ukrainischen Bodentruppen sich am Boden bewegen können, ohne von Luftfahrzeugen sofort unmittelbar angegriffen zu werden.

Hier könnten die «Geparden» eine Rolle spielen. Die Haubitzen wiederum, also die Artillerie, seien nötig, um den sehr panzer- und artilleriestarken Angriff der russischen Truppen aufzuhalten und Gegenfeuer zu leisten; um die russischen



Bilder: Bundeswehr

Der Flak-Panzer Gepard. Er wurde ausser Dienst gestellt und wird nun wieder reaktiviert. Mit seinen Zwillingen-Maschinenkanonen feuert er 35-mm-Granaten.



Auch Feuerwaffen für die Infanterie sollen geliefert werden: Hier im Bild das Maschinengewehr MG-3.

Panzerkolonnen also zu dezimieren, aufzuhalten – oder zumindest so vorübergehend zu stoppen, dass dann die entsprechenden Panzerabwehrwaffen, die unter anderem Deutschland auch schon geliefert hat, wirken können.

Fazit

Die deutsche Bundesregierung wird für ihre Haltung in der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine deutschlandweit und international stark kritisiert. Nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine lehnte die Bundesregierung für zwei Tage Waffenlieferungen an die Ukraine

gänzlich ab, dann rief Bundeskanzler Scholz im Bundestag die sogenannte «Zeitenwende» in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus.

Danach wurde die Bundesregierung stark für ihre Weigerung kritisiert, neben Panzerfäusten, Maschinengewehren und Munition auch schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, die Strategie des Ringtauschs wurde implementiert und es dauerte bis zur Nacht vor der internationalen Konferenz in Ramstein, bevor die Bundesregierung erneut einlenkte. Nun sollen Gepard-Flugabwehrpanzer an die Ukraine geliefert werden. 